



Ausschuss der Regionen

EDUC-IV-043

**83. Plenartagung
9./10. Februar 2010**

STELLUNGNAHME des Ausschusses der Regionen

"GRÜNBUCH - DIE MOBILITÄT JUNGER MENSCHEN ZU LERNZWECKEN FÖRDERN"

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- begrüßt die Initiative der Kommission, mit dem Grünbuch "Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern" eine europaweite Debatte anzustoßen, um die Möglichkeiten besserer Mobilitätsförderung zu diskutieren, bestehende Hindernisse für eine grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen zu identifizieren und den Nutzen von Mobilitätserfahrungen herauszustellen;
- ist der Ansicht, dass die Behandlung des Themas Mobilität zu Lernzwecken auf europäischer Ebene einen erheblichen europäischen Mehrwert darstellt und wichtige Impulse für die Gestaltung europäischer sowie nationaler, regionaler und lokaler Programme, Instrumente und Initiativen zur grenzüberschreitenden Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken liefern kann;
- bekräftigt seine wiederholt geäußerte Unterstützung der Mobilität innerhalb Europas und darüber hinaus und ist wie der Rat und die Kommission der Auffassung, dass Lernphasen im Ausland für alle jungen Menschen in Europa allmählich die Regel werden und nicht die Ausnahme bleiben sollten;
- weist auf den bedeutenden Beitrag der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zur Förderung der Mobilität zu Lernzwecken hin, den diese insbesondere im Hinblick auf Information, Beratung und Bewusstseinschärfung sowie in den meisten Fällen durch unterstützende Maßnahmen der Qualitätssicherung und Finanzierung leisten; weist darauf hin, dass es häufig gerade die kleinen, auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene beschlossenen Mobilitätsprojekte sind, die entscheidende Auswirkungen haben und zur Stärkung einer europäischen Denkweise, einer aktiven Unionsbürgerschaft und der Demokratie beitragen;
- appelliert daher an die Kommission, dieser grundlegenden Rolle der Gebietskörperschaften bei der Erarbeitung und Durchführung von Mobilitätsprogrammen stärker Rechnung zu tragen, indem sie sie nachhaltig an der Erarbeitung der Programme beteiligt.

Berichterstatterin

Ursula Männle (DE/EVP), Mitglied des Bayerischen Landtages

Referenzdokument

"Grünbuch - Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern"
KOM(2009) 329 endg.

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. begrüßt die Initiative der Kommission, mit dem Grünbuch "Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern" eine europaweite Debatte anzustoßen, um die Möglichkeiten besserer Mobilitätsförderung zu diskutieren, bestehende Hindernisse für eine grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen zu identifizieren und den Nutzen von Mobilitätserfahrungen herauszustellen;
2. bekräftigt seine wiederholt geäußerte Unterstützung der Mobilität innerhalb Europas und darüber hinaus und ist wie der Rat und die Kommission der Auffassung, dass Lernphasen im Ausland für alle jungen Menschen in Europa allmählich die Regel werden und nicht die Ausnahme bleiben sollten;
3. weist darauf hin, dass die Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden ein zentrales Element der bildungspolitischen Zusammenarbeit in Europa und ausdrücklich vertragliches Ziel der Tätigkeit der Europäischen Union im Bildungsbereich ist;
4. ist vor diesem Hintergrund der Ansicht, dass die Behandlung dieses Themas auf europäischer Ebene einen erheblichen europäischen Mehrwert darstellt und wichtige Impulse für die Gestaltung europäischer sowie nationaler, regionaler und lokaler Programme, Instrumente und Initiativen zur grenzüberschreitenden Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken liefern kann;
5. sieht einen bedeutenden Gewinn in der Durchführung eines vertieften Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten und räumt in diesem Zusammenhang besonders der Verbreitung bewährter Verfahren der Mitgliedstaaten durch die Kommission einen hohen Stellenwert ein;
6. befürwortet den breiten Ansatz des Grünbuchs, in dessen Mittelpunkt die Situation aller jungen Menschen in den verschiedenen Lernkontexten steht und dabei alle Bereiche des formalen, nicht-formalen und informellen Lernens einbezieht;
7. weist auf den bedeutenden Beitrag der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zur Förderung der Mobilität zu Lernzwecken hin, den diese insbesondere im Hinblick auf Information, Beratung und Bewusstseinschärfung sowie in den meisten Fällen durch unterstützende Maßnahmen der Qualitätssicherung und Finanzierung leisten;

zur zunehmenden Bedeutung der Mobilität zu Lernzwecken

8. teilt die Einschätzung der Kommission, dass die Mobilität zu Lernzwecken – d.h. ein Auslandsaufenthalt mit dem Ziel, neue Fähigkeiten und Kompetenzen zu erwerben – eine der

grundlegenden Möglichkeiten ist, mit denen junge Menschen ihre persönliche Entwicklung voranbringen, Zugang zu neuem Wissen erhalten, Sprachkenntnisse erweitern, interkulturelle Kompetenzen erwerben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern können;

9. ist davon überzeugt, dass in Zeiten einer immer rascher voranschreitenden Globalisierung und grenzüberschreitenden Vernetzung aller Lebens- und Arbeitsbereiche interkulturelle Kompetenzen, Sprachkenntnisse und internationales Wissen weiterhin an Bedeutung gewinnen;
10. pflichtet der Kommission bei, dass Mobilität bei jungen Menschen ein tieferes Verständnis für die europäische Identität und den europäischen Bürgersinn fördert sowie der Fremdenfeindlichkeit entgegenwirkt. Sie erhöht auch die Verbreitung von Wissen, das der Schlüssel zu Europas wissenschaftlich gestützter Zukunft ist;
11. stimmt der Kommission zu, dass die Mobilität zu Lernzwecken fester Bestandteil der europäischen Identität und eine Chance für alle jungen Menschen in Europa sein sollte, um auf diese Weise einen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, zum Aufbau einer wissensintensiven Gesellschaft und damit zu den Zielen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zu leisten;
12. teilt zwar die Einschätzung der Kommission, dass insgesamt noch immer zu wenig junge Menschen zu Lern- oder Ausbildungszwecken ins Ausland gehen, macht aber darauf aufmerksam, dass das Grünbuch die zahlreichen finanziellen und organisatorischen Maßnahmen zur Mobilitätsförderung außerhalb der EU-Programme, die in den Mitgliedstaaten angeboten werden, nicht erfasst;
13. stellt heraus, dass die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ebenso wie die Schulen, Hochschulen und andere Bildungs- und Jugendeinrichtungen, Unternehmen, Vereine und Verbände eine Vielzahl von Mobilitätsmaßnahmen fördern, die dem formalen, nicht-formalen und informellen Lernen dienen;
14. weist darauf hin, dass es häufig gerade die kleinen, auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene beschlossenen Mobilitätsprojekte sind, die entscheidende Auswirkungen haben und zur Stärkung einer europäischen Denkweise, einer aktiven Unionsbürgerschaft und der Demokratie beitragen;

zu den Voraussetzungen einer stärkeren Mobilität junger Menschen

15. sieht die Verfügbarkeit von umfassenden und zielgerichteten Informationen sowie einer sachkundigen, auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittenen persönlichen Beratung vor Ort als zentrale Kriterien für das Zustandekommen und den Erfolg einer Mobilitätsphase an;
16. sieht zusätzlichen Informationsbedarf insbesondere bezüglich Maßnahmen zur Mobilitätsförderung außerhalb der EU-Programme und hält vor diesem Hintergrund Zusammenstellungen

über derartige in den Mitgliedstaaten bereits bestehende Programme – z.B. in Form von "Handbüchern", auch in elektronischer Form – für hilfreich;

17. ist der Ansicht, dass es neben der Qualität, Transparenz, Kompatibilität und Akzeptanz der ausländischen Bildungsangebote und Abschlüsse insbesondere institutionelle und soziale Rahmenbedingungen sowie finanzielle Faktoren sind, die die Bereitschaft zur Mobilität beeinflussen;
18. erachtet es für notwendig, jungen Menschen die vielfältigen Vorteile einer Mobilitätsphase näher zu bringen, die bestehenden Fördermöglichkeiten aufzuzeigen und sie vom Nutzen einer Mobilitätsphase zu überzeugen;
19. macht darauf aufmerksam, dass manche Mobilitätshindernisse nur in beschränktem Maße von außen beeinflussbar sind, und betont seine Überzeugung, dass eine Steigerung der Mobilität ein hohes Maß an Bereitschaft, Zeit, Anstrengung und Offenheit von allen Seiten erfordert;
20. vermisst daher im Grünbuch einen Verweis auf die individuelle Verantwortung der Jugendlichen, trotz fortbestehender Mobilitätshindernisse eigenes Engagement und Eigeninitiative unter Beweis zu stellen, um z.B. über die Beteiligung an organisierten Austauschmaßnahmen den Versuch zu unternehmen, existierende Hürden zu überwinden; weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von Maßnahmen hin, die die Eigeninitiative der jungen Menschen wecken und fördern;
21. vermisst im Grünbuch ferner die Betonung der wichtigen Rolle des Elternhauses, da die Bereitschaft, für Lernzwecke ins Ausland zu gehen, schon frühzeitig in der Familie gelegt werden muss; dies setzt voraus, dass die Eltern den erheblichen Nutzen von Auslandsaufenthalten kennen, ihre Kinder zu Mobilitätsphasen motivieren und sie bei der Vorbereitung und Durchführung eines Auslandsaufenthaltes wenn möglich unterstützen; vor diesem Hintergrund stellt die Erreichung bildungsferner und wirtschaftlich benachteiligter Schichten eine große Herausforderung dar;
22. setzt sich nachdrücklich dafür ein, wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Gruppen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker in die Mobilitätsprogramme einzubeziehen und ihnen ggf. eine zusätzliche Unterstützung in Form erhöhter Fördersätze zu ermöglichen, da sich gerade diese Gruppen oftmals mit spezifischen Hindernissen konfrontiert sehen;
23. warnt trotz der berechtigten Forderung nach einem Ausbau der grenzüberschreitenden Mobilität zu Lernzwecken davor, die weiteren Aufgaben und Bedürfnisse der Schulen, Hochschulen, Ausbildungsbetriebe und sonstigen Bildungseinrichtungen – z.B. im Hinblick auf die Planung eines Schuljahres bzw. die längerfristige Organisation von Lernprozessen – auf Kosten der Qualität der Bildung zu vernachlässigen;

24. spricht sich für eine Fortsetzung der mobilitätsfördernden EU-Bildungsprogramme nach dem Jahr 2013 aus und fordert die Kommission, den Rat und das Europäische Parlament auf, bei den Vorbereitungen des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 frühzeitig ausreichende Mittel einzuplanen;
25. zeigt sich erfreut, dass das Grünbuch wiederholt auf den wesentlichen Beitrag der regionalen und lokalen Ebene zur Förderung der Mobilität eingeht; appelliert daher an die Kommission, dieser grundlegenden Rolle der Gebietskörperschaften bei der Erarbeitung und Durchführung von Mobilitätsprogrammen stärker Rechnung zu tragen, indem sie sie nachhaltig an der Erarbeitung der Programme beteiligt;
26. tritt dafür ein, dass sich der Anspruch, die Mobilität junger Menschen auch berufsübergreifend zu fördern, in der Gestaltung des gemeinschaftlichen Programms für Lebenslanges Lernen widerspiegeln sollte; so könnte beispielsweise für Schüler aller Schularten die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch Praktikumsaufenthalte in Betrieben oder anderen außerschulischen Einrichtungen im Ausland gefördert werden;
27. empfiehlt, den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit EU-Mobilitätsmaßnahmen deutlich zu reduzieren und die umfangreichen Antragsformulare zu vereinfachen;
28. weist die zuständigen Behörden der nationalen, regionalen und lokalen Ebene darauf hin, dass sie auf Grund des Geburtenrückgangs in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union frei werdende Finanzmittel im Bildungsbereich belassen und für eine quantitative und qualitative Förderung der Mobilität zu Lernzwecken einsetzen können;
29. ermuntert die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, in ihrem Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich Regelungen zu treffen, die die Mobilität unterstützen und dazu beitragen, Mobilitätshindernisse abzubauen;
30. ist der Auffassung, dass die Makroregionen, die in einer Europäischen Union mit nunmehr 27 Mitgliedstaaten eine immer wichtigere Rolle spielen, auch im Hinblick auf die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken einen bedeutenden Beitrag leisten können;
31. empfiehlt den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, durch Mobilitätsmaßnahmen im Zusammenhang mit Regional- oder Städtepartnerschaften zum nicht-formalen Lernen beizutragen;
32. hält es in einer immer globaler werdenden Wissensgesellschaft für erforderlich, auch Lehrkräften, Auszubildenden, Arbeitgebern sowie der Öffentlichkeit im Allgemeinen stärker die Relevanz internationaler Kompetenzen zu vergegenwärtigen;

zu einer neuen Partnerschaft für Mobilität

33. teilt die Einschätzung der Kommission, dass für eine signifikante Steigerung der Mobilitätsmöglichkeiten junger Menschen ein abgestimmtes Vorgehen über alle Bereiche hinweg erforderlich ist und dafür eine neue Partnerschaft benötigt wird, bei der öffentliche Stellen mit der Zivilgesellschaft, Unternehmen und einer Vielzahl von weiteren Akteuren im Bildungs- und Jugendbereich zusammenarbeiten;
34. tritt dafür ein, in allen Bereichen und auf allen Ebenen Anstrengungen zu unternehmen, um vorhandene Mobilitätspotenziale auszuschöpfen und neue Wege zur Förderung der Mobilität zu finden;
35. pflichtet der Kommission bei, dass Multiplikatoren - wie Lehrkräfte, Auszubildende, Jugendbetreuer und ehemalige Teilnehmer an Mobilitätsmaßnahmen - eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Mobilität junger Menschen spielen, und regt daher an, diese wichtige Funktion der Multiplikatoren in künftigen Ausschreibungen und Programmgenerationen stärker hervorzuheben;
36. begrüßt die neue Aktion COMENIUS Regio, die die Einbeziehung von außerschulischen Einrichtungen ermöglicht und zum Ziel hat, die europäische Zusammenarbeit im schulischen Bereich auf der Ebene von Regionen und Gemeinden zu fördern, wobei die Partner zu Themen von gemeinsamem Interesse zusammenarbeiten, Erfahrungen austauschen und nachhaltige Strukturen der Zusammenarbeit entwickeln können;
37. steht der Forderung der Kommission, wonach europäische, nationale und regionale Behörden mit Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Zivilgesellschaft und lokalen Behörden zusammenarbeiten müssen, um die einzelnen Finanzierungsmöglichkeiten zu vereinen, angesichts der Kompetenzverteilung im Bildungsbereich sowie der Heterogenität der Akteure in diesem Bereich zurückhaltend gegenüber;
38. gibt zu bedenken, dass auch durch eine Zusammenlegung der finanziellen Mittel der Grundstock der finanziellen Ressourcen nicht wachsen wird, und setzt sich daher vorrangig für einen qualitativen Ausbau der vorhandenen Programme und eine bessere Information über die vorhandenen Angebote ein;
39. fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, zur Förderung der Mobilität zu Lernzwecken nicht nur Projekte im Rahmen des Programms für Lebenslanges Lernen durchzuführen, sondern auch eingehend zu prüfen, inwieweit Mobilitätsmaßnahmen z.B. im Rahmen bi- und multilateraler Partnerschaften von Regionen im Bereich der beruflichen Bildung auch aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds finanziert werden können;
40. ermuntert die Hochschulen, zur Förderung der Mobilität neue Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und dem Privatsektor zu erkunden;

41. appelliert an die Unternehmen, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung sowie der Forschung ihren Beitrag zur Förderung der Mobilität zu leisten, trotz der zum Teil erheblichen strukturellen Unterschiede in den Berufsbildungssystemen Mobilitätsmaßnahmen von Auszubildenden zu unterstützen und auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen zu investieren;
42. erinnert an seine Unterstützung der Pilotinitiative für ein Erasmus-Programm für Volksvertreter der lokalen und regionalen Ebene¹, wodurch diesen die Möglichkeit eröffnet werden soll, ihre Kenntnisse zu erweitern, neue Erfahrungen zu machen und bewährte Praktiken auszutauschen;
43. vertritt zwar die Auffassung, dass virtuelle Mobilität die Erfahrung physischer Mobilität nur begleiten und nicht ersetzen kann, ist aber davon überzeugt, dass virtuelle Mobilität einen wertvollen Beitrag zur physischen Mobilität beitragen kann, indem sie jungen Menschen die Vorbereitung einer Phase der physischen Mobilität erheblich erleichtern und deren Qualität nachhaltig verbessern kann;

zur Festlegung von Mobilitätszielen auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene

44. verweist auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 12.5.2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, denen zufolge die Kommission ersucht wird, bis Ende 2010 einen Vorschlag für einen europäischen Durchschnittsbezugswert ("europäische Benchmark") vorzulegen, der quantitative und qualitative Aspekte berücksichtigen soll, und erwartet die Ergebnisse dieser Arbeiten mit großem Interesse;
45. erinnert daran, dass die europäischen Durchschnittsbezugswerte keine Festlegung einzelstaatlicher Ziele enthalten und keine Entscheidungen vorgeben, die von den jeweiligen Regierungen getroffen werden müssen, wenngleich nationale Maßnahmen auf der Grundlage nationaler Prioritäten zum Erreichen der Bezugswerte beitragen;
46. weist angesichts der Anregung der Kommission, zusätzlich zu den europäischen Durchschnittsbezugswerten gesonderte Benchmarks für die Regionen, Hochschulen, Schulen, Unternehmen und Vereinigungen festzulegen, vorsorglich darauf hin, dass die Setzung von nationalen oder regionalen Benchmarks mitgliedstaatlicher Kompetenz unterliegt;
47. weist ferner nachdrücklich darauf hin, dass die Schaffung neuer Indikatoren und Benchmarks unter Umständen erheblichen zusätzlichen administrativen und finanziellen Aufwand für die nationale, regionale und lokale Ebene verursachen kann und deshalb angesichts der Kommis-

¹

Weißbuch des Ausschusses der Regionen zur Multi-Level-Governance, CdR 89/2009.

sionsbemühungen um Entbürokratisierung nur im Falle einer positiv zu bewertenden ausführlichen Kosten-Nutzen-Analyse vorangetrieben werden sollte;

48. fordert die Kommission auf, nach Auswertung der Konsultationsergebnisse ein Inventar bewährter Verfahren mit konkreten, praxistauglichen Lösungsansätzen für die bestehenden Probleme im Bereich der Mobilitätsförderung zu erarbeiten und dieses Inventar anschließend den zuständigen nationalen, regionalen und lokalen Verantwortungsträgern zur Verfügung zu stellen.

Brüssel, den 10. Februar 2010

Die Präsidentin
des Ausschusses der Regionen

Mercedes Bresso

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Gerhard Stahl

II. VERFAHREN

Titel	"Grünbuch - Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern"
Referenzdokument	KOM(2009) 329 endg.
Rechtsgrundlage	Artikel 18, 63, 149-150, 163-173 EGV
Geschäftsordnungsgrundlage	-
Befassung durch den Rat/Schreiben der Kommission	8. Juli 2009
Beschluss des Präsidenten/ Präsidiumsbeschluss	-
Zuständig	Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung (EDUC)
Berichterstatterin	Ursula Männle (DE/EPP)
Analysevermerk	6. Oktober 2009
Prüfung in der Fachkommission	11. Dezember 2009
Annahme in der Fachkommission	11. Dezember 2009
Abstimmungsergebnis	einstimmig angenommen
Verabschiedung auf der Plenartagung	10. Februar 2010
Frühere Ausschusstellungen	Mehrsprachigkeit, CdR 6/2008 ² Effizienz und Gerechtigkeit in den Europäischen Systemen der Allgemeinen und beruflichen Bildung und Europäischen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen, CdR 335/2006 ³ Grünbuch Migration und Mobilität, CdR 253/2008 ⁴ Mobilität junger Freiwilliger, CdR 252/2008 ⁵ Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens, CdR 258/2004 ⁶
	Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft, CdR 157/2009 ⁷

² ABl. C 257 vom 9.10.2008, S. 30–35.

³ ABl. C 146 vom 30.6.2007, S. 77–84.

⁴ ABl. C 120 vom 28.5.2009, S. 34–40.

⁵ ABl. C 76 vom 31.3.2009, S. 23–29.

⁶ ABl. C 164 vom 5.7.2005, S. 59–64.

⁷ Veröffentlichung steht noch aus.

	<p>Ein aktualisierter strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, CdR 96/2009⁸</p> <p>Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen – Arbeitsmarkt- und Qualifikationserfordernisse antizipieren und miteinander in Einklang bringen, CdR 85/2009⁹</p> <p>Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchführung des Programms 'JUGEND IN AKTION' im Zeitraum 2007-2013, CdR 270/2004¹⁰</p> <p>Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm 'Bürger/innen für Europa' für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft, CdR 120/2005¹¹</p> <p>Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm 'Kultur 2007' (2007-2013), CdR 259/2004¹²</p> <p>Der Europäische Forschungsraum - Neue Perspektiven, CdR 83/2007¹³</p> <p>Vorfahrt für KMU in Europa – Der 'Small Business Act' für Europa, CdR 246/2008¹⁴</p>
--	---

8 Veröffentlichung steht noch aus.
9 Veröffentlichung steht noch aus.
10 ABl. C 71 vom 22.3.2005, S. 34–39.
11 ABl. C 115 vom 16.5.2006, S. 81–83.
12 ABl. C 164 vom 5.7.2005, S. 65–75.
13 ABl. C 305 vom 15.12.2007, S. 25–29.
14 ABl. C 120 vom 28.5.2009, S. 17–22.